

5336/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider und Kollegen haben am 21. Jänner 1999 unter der Nr. 5653/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Öffentlichkeitsarbeit des Bundes gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es sich bei der Informationstätigkeit der Bundesregierung nicht um Werbung, sondern um Öffentlichkeitsarbeit handelt, für die das Prinzip der umfassenden Information und des einfachen Zugangs zu dieser für die interessierten Bürger zu gelten hat.

Für das Jahr 1998 wurden der Sektion III/Bundespressdienst für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit S 33,493.000,- durch den Nationalrat zugewiesen.

Im Rahmen der Ermächtigung zum Bundesfinanzgesetz 1998 wurde für die Europa - Informationsinitiative der Bundesregierung seitens der Sektion III/Bundespressdienst im Jahr 1998 ein Betrag von S 128,804.180,23 aufgewendet.

Zu Frage 2:

Es gibt keinen ausschließlichen Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit, die diesbezüglichen Ausgaben waren unter den Ansätzen 1/10008, 1/10006 sowie 1/10066 veranschlagt.

Zu den Fragen 3 und 4:

Es ist aufgrund der Vielzahl der Vorgänge nicht möglich aufzulisten, wofür die Mittel im einzelnen verwendet wurden. Für den Bereich des Bundespressedienstes sind folgende Ausgabengruppen zu nennen:

- Einladungen von Journalisten, die sich über den Stand der Innenpolitik, der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft in Österreich informieren wollen. Dazu wurden jeweils zu aktuellen Anlässen offizielle Kommuniqués und Pressemitteilungen ausgegeben, Pressegespräche und Interviews mit Regierungsmitgliedern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vermittelt.
- Kontakte zu den Vertretern der in - und ausländischen Medien, dazu zählen Auslandskorrespondenten und Journalisten, die anlässlich internationaler Konferenzen, Staatsbesuche und offiziellen Veranstaltungen in Österreich sind.
- Die Information des In - und Auslandes erfolgt darüber hinaus in Form von zahlreichen Publikationen zu einer breiten Themenpalette in vielen Sprachversionen, über Internet auf der Homepage des Bundeskanzleramtes, mit Wanderausstellungen, aber auch mit klassischer Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationsinitiativen zu aktuellen Themen.
- Zusätzlich werden Filme über Österreich bzw. spezifisch österreichische Themen teilweise allein, teilweise mit Partnern finanziert und sowohl im Inland als auch im Ausland zum nicht gewerblichen Verleih gebracht.

Als weitere Beispiele für Informationstätigkeit im Bundeskanzleramt sind zu nennen:

- Herausgabe einer Informationsbroschüre zur Umsetzung der Regionalprogramme im Rahmen der EU - Strukturfonds: diese wurde im Wege der Länder, Kammern, der EU - Vertretung in Österreich und Regionalmanagementstellen an Interessenten verteilt und dient der Information über die wichtigsten Rahmenbedingungen der EU - Strukturfonds und den Umsatzungsstand der Regionalprogramme in Österreich: Die Kosten beliefen sich auf S 420.000,-.
- Herausgabe eines Berichts über die österreichischen Unterstützungsmaßnahmen für Mittel- und Osteuropa sowie für die Neuen Unabhängigen Staaten 1997. Dieser Bericht wird, was die Allgemeininformationen hinsichtlich der österreichischen Unterstützungsmaßnahmen betrifft, vom Bundeskanzleramt erstellt, mit der Erarbeitung des statistischen Teils wurde die Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) beauftragt. Die Kosten beliefen sich auf S 465.000,-.
- Unterstützung einer Anti - Atom - Konferenz europäischer Nicht - Regierungsorganisationen (24. bis 27. September 1998) mit S 400.000,-.
- Unterstützung der Ausstellung „20 Jahre Zwentendorf“ mit S 150.000,-; diese Veranstaltung stellt Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Kernenergiepolitik der Bundesregierung dar.
- Übernahme eines Teils der Kosten einer Veranstaltung des Bundeskanzleramtes mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (9. Dezember 1998) in Zusammenhang mit der geplanten Fertigstellung der Kernkraftwerke Khmelnytsky - 2 und Rivne - 4 in der Ukraine (S 200.000,-; die Abrechnung wird jedoch erst zu Lasten des Budgets 1999 erfolgen). Diese Veranstaltung ermöglichte eine eingehende Diskussion auf Expertenebene und bot auch der breiteren Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Information und Diskussion.
- Internationales Seminar der Europäischen Kommission zum Thema „Europäische Raumentwicklung und EU - Erweiterung“; Übernahme der Kosten für Catering und Saalmiete (S 542.000,-). Die EU veranstaltete im Jahr 1998 in verschiedenen Ländern insgesamt 8 Seminare zu einzelnen Schwerpunkthemen des in Vorbereitung befindlichen Europäischen Raumentwicklungskonzepts; die Kosten für Catering und Saalmiete wurden vereinbarungsgemäß von den jeweiligen Gastländern übernommen.

- Im Jahr 1998 wurde von der Datenschutzkommission in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres eine Aktion zur Aufklärung der Bürger über die Betroffenenrechte im Schengenraum durchgeführt. Die dabei verwendeten Plakate und Folder wurden von der gemeinsamen Kontrollinstanz Schengen für die Datenschutzkommission entworfen und vom Bundeskanzleramt bezahlt; die Kosten hiefür beliefen sich auf S 13.788,- für 15.000 Folder und S 5.208,- für 150 Plakate.

Aus dem Bereich Kunst sind folgende Projekte zu nennen:

- Informationsveranstaltung „Künstlersozialversicherung in Deutschland“ (S 150.000,-);
- Untersuchung über Struktur und Akzeptanz des österreichischen Galerien - systems im Bereich zeitgenössischer Kunst durch den Verein AKKU (S 130.000,-);
- Exekutivtreffen der Atelierhäuservereinigung "Res Artis" (S 50.000,-);
- Gestaltung des „Corporate Design“ der Kunstsektion (S 70.000,-).

Zu Frage 5:

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es sich bei der Europa - Informationsinitiative der Bundesregierung - wie bereits zu Frage 1 ausgeführt - nicht um eine Wer - bekampagne handelt. Die Informationsinitiative wird zum einen vom Bundes - kanzleramt abgewickelt (Europa - Informationsinitiative der Bundesregierung), zum anderen vom Bundesministerium für Finanzen. Dieses beschränkt sich ausschließlich auf die Thematik des Euro (Euro - Initiative der Bundesregierung). Die Frage nach den für die Euro - Initiative aufgewendeten Mitteln wäre durch den Bundesminister für Finanzen zu beantworten.

Die Europa - Informationsinitiative der Bundesregierung wird mit Instrumenten der PR - und der klassischen Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt.

Die zur Umsetzung der Initiative gesetzten Maßnahmen sollen das aktive Europabewußtsein der Bevölkerung langfristig stärken, Fragen und Diskussionen nicht unbeantwortet lassen, aktuelle Maßnahmen erklären, über Sinn und Konsequenzen aufklären und auf künftige Notwendigkeiten vorbereiten. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Kommunikationsinstrumente eingesetzt.

Für EU - Fragen generell und im speziellen für Fragen zum Euro steht das Europa - Telefon der Bevölkerung zur Verfügung.

Zu den Fragen 6 und 11:

Grundsätzlich werden einzelne Aufträge im Sinne der einschlägigen Haushaltsvorschriften (ÖNORM A 2050: Stand: 1. Jänner 1993, bzw. nach dem Bundesvergabegesetz: Kundmachung des Bundeskanzlers, mit der das Bundesvergabegesetz wiederverlautbart wird, BGBl. Nr. 56 - ausgegeben am 27. Mai 1997) erteilt.

Aufgrund der Vielzahl von Projekten, die alle den genannten Vorschriften unterliegen, ist eine detaillierte Aufstellung aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht möglich.

Zu Frage 7:

Für den Bereich des Bundespressedienstes wurde für das Jahr 1999 ein Betrag von S 32,941.000,- veranschlagt.

Die Bedeckung erfolgt analog zu den budgetären Ansätzen des Jahres 1998; ich verweise auf meine Ausführungen zu Frage 2.

Zu Frage 8:

Was den Bereich des Bundespressedienstes betrifft, so erfolgt die Verwendung der Mittel für 1999 entsprechend den bereits unter Frage 3 angeführten Ausgabengruppen.

Weiters ist die Veröffentlichung des Jahresberichts 1998 der Ostzusammenarbeit mit Kosten von S 465.000,- geplant.

Konkrete Planungen für weitere Publikationen liegen zur Zeit noch nicht vor.

Zu Frage 9:

Aus heutiger Sicht sind keine Tagungen etc. geplant.

Zu Frage 10:

Im Rahmen der Ermächtigung zum Bundesfinanzgesetz 1999 ist für die Europa - Informationsinitiative der Bundesregierung für das Jahr 1999 ein Betrag von 60 Millionen Schilling vorgesehen, wobei die Information über den Euro einen Schwerpunkt der Initiative darstellt.

Im übrigen verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 5.